



Christlich Demokratische Union

Vereinigung der CDU im
CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Post über:
CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt
Domplatz 6-9
39104 Magdeburg

Haldensleben im Dezember 1999
EAK399.doc

Liebe Mitglieder und Freunde des Evangelischen Arbeitskreises in Sachsen-Anhalt,

=====

Das Jahr 1999 streicht in Windeseile an uns vorbei. Nur noch wenige Tage trennen uns vom Weihnachtsfest und dem so oft wie noch nie bedachten Jahreswechsel in das Jahr 2000.

Viele unserer Vorhaben konnten wir verwirklichen. Aber auch einiges blieb auf der Strecke. So wie in unserem Alltag geht es auch der Arbeit des EAK in Sachsen-Anhalt. Wir freuen uns, daß Sie uns bei dieser Arbeit treu geblieben sind. Viele neue Punkte sind zu bearbeiten.

Nach einer gesegneten und ruhigen Weihnachtszeit und einem besinnlichen Jahreswechsel würden wir uns freuen, Sie wieder im Rahmen unserer Arbeit des evangelischen Arbeitskreises begrüßen zu können.

Wie man den Menschen helfen kann

Der Himmel war ratlos. Kein Himmlischer wußte mehr, wie man den Menschen beikommen könnte. Die Irdischen waren für die Geheimnisse des Himmels taub und blind geworden. Sie waren nur noch mit dem beschäftigt, was sie selbst zustande bringen konnten. Da das sehr viel war, und sie das Leben immer mehr verlängern und angenehmer machen konnten, schauten sie nur noch darauf und vergaßen, daß sie sterblich waren, und ihre Lebensreise einen Anfang und ein Ende hatte. Sie hatten längst schon keine Sprache mehr für die

himmlischen Dinge. Was aber nicht besprochen wurde, war für sie nicht da.

Da traten die Engel im Himmel zusammen, bildeten Arbeitsgruppen und berieten. Die berichteten dann im Plenum. Eine Gruppe empfahl die Wiederauflage der Sintflut mit modernen Mitteln. Eine andere machte

Unsere Themen

- **Einführung** stell. Vorsitzender Michael Schekatz
- **Wie man den Menschen helfen kann**
Betrachtung von Stephen Gerhard Stehli
- **EAK-Landestagung am 23.10.1999**
Vorsitzender Jürgen Scharf
- **Aus unserer Arbeit in Sachsen-Anhalt**
- **Vielfalt statt Einfalt**
Wolfgang Löw
- **Wissenswertes**

eine Feldanalyse auf Erden und berichtete: „Seit sie ohne Aufblick zu uns leben, wenden sie den Blick nur noch zur Erde. Sie arbeiten immer gegen den eigenen Schatten. Das gibt ihrer Arbeit etwas Dunkles und Endloses. Wir empfehlen für sie ein rauschendes Fest, das macht sie fröhlicher und schenkt ihnen auf Jahre gute Erinnerungen.“

Eine dritte Gruppe hatte eine Langzeitstudie angefertigt und empfahl die Erziehung des Menschengeschlechts durch gewaltige Vorbilder, die wie Leuchttürme zwischen ihnen seien und ihnen prophetische Orientierung geben sollten.

Plötzlich wurde es still. Oberengel Gabriel war zu ihnen getreten. Er sagte nur: „Ein Kind!“

Und als ihn alle sprachlos anschauten, wiederholte er: „Er gibt ihnen ein Kind. Das ist seine Antwort auf ihre Entfremdung.“ Sie blieben aus Respekt vor dieser Entscheidung eine Weile still. Aber dann hagelte es Proteste. „Die wollen doch kaum noch Kinder. Kinder sind unerwünscht, stören, hindern die eigene Entfaltung. Durch ein Kind werden sie nicht verwandelt.“ Besonders die Mitglieder der Leuchtturm- und die der Sintflut-Gruppe waren empört. Gabriel sagte: „Es soll diesmal anders sein. Er will den Himmel verlassen und als dieses heranwachsende Kind ihnen nahe sein.“ Ein älterer Engel stand kerzengerade und murmelte nur: „Sie werden ihn töten, dann wird er tot sein.“ Gabriel sagte leise: „Er will da durch.“ Laut aber sagte er: „Seht zu, daß das Experiment gelingt, es ist das letzte. Der größte Teil von Euch bildet jetzt den Chor der himmlischen Heerscharen. Einige müssen los, um die Herzen von Menschen zu erreichen.“

So kam es, daß Maria ein wenig begriff, und die Menschen etwas ahnten, daß Josef sich wie ein Träumer vorkam und der Hauptmann unter dem Kreuz verstand, daß Gott, der Herr, auch unser Bruder geworden ist.

Nach Werner Reiser „Uns ist ein Kind gegeben“, aus: Steinwede, Vom Engel, der nicht singen wollte, 1980

Diese Weihnachtsbetrachtung von Werner Reiser hat mich immer angesprochen. In knapper und dennoch treffender Weise bringt er die Geschäftigkeit des menschlichen Daseins in den Himmel, parodiert freundlich unsere Gremien-, Ausschuß- und Arbeitskreisarbeit und insbesondere die verschiedenen Ideen in der „politisch-gesellschaftlichen“ Entwicklung. Ja, auch ein Gruppenbilden, wie die Engel das tun, das kennt man gerade aus der Verwaltung oder dem Betrieb gut.

Doch dann steht mittendrin ein Satz, der sehr irritiert: „Sie werden ihn töten, dann wird er tot sein.“ Diesen Satz wollen wir nicht hören. Was sucht er in einer Weihnachtsgeschichte, wo doch von Herzlichkeit, Liebe und Freundlichkeit die Rede sein soll, von dem, wie es eigentlich immer werden soll zwischen uns Menschen? Ist das nicht der Grund für Weihnachten, das Fest der Liebe? Bemühen wir uns nicht deswegen so geschäftig, damit es an Heiligabend „so richtig schön wird“? Aber genau wie wir erleben, wie trotz unserer selbstgemachten Weihnachtshektik wir dieses Schöne oft nicht greifen können, es uns

entweicht, am Heiligabend dann eine „Wardas-schon-alles-Leere“ uns erfüllt, genauso steht unerbittlich die Erinnerung mitten im Geschehen, wie es mit der Hauptperson vor Weihnachten, Jesus Christus, mit Gott, der zu den Menschen kommt, weitergegangen ist. Wir Menschen haben ihn dazu gebracht, in diese Welt zu kommen, aber das Ende, der Tod gehört dazu wie der Anfang. Das Ende? Ein schönes Buch zur Weihnachtszeit heißt: „Als der Himmel zur Welt kam“. Hier wird deutlich, daß es sich um etwas anderes ganz Neues und Ungewöhnliches handelt. Auch in dem Satz des Erzengels Gabriel „Er will da durch“, nicht „Er will da hinein“, steckt eine weiterführende Besonderheit.

Gott weiß, daß er durch dieses ganze Geschehen auf Erden durchgeht, ja durch den Tod, an den wir uns im November so erinnert haben. Es ist eben nicht das Ende. Das Christkind der Krippe ist der Christus des Kreuzes, der Christus des Kreuzes ist aber der auferstandene Herr. Es geht da durch zum Leben, zum Licht, zur Auferstehung, zur Fröhlichkeit, zur Gemeinschaft zwischen Gott und den Menschen. So kommt es, wie auch Werner Reisers letzter Satz sagt, daß Maria und Josef und andere so langsam begriffen, was auch wir erahnen können, wenn wir uns der freudigen Botschaft des Christfestes zuwenden. Mitten im Dunkeln der Nacht des Lebens, in der dunkelsten Zeit des Jahres, erscheint das Licht, und dieses Licht kann die Finsternis in unserem Leben beleuchten und ausleuchten, Wärme geben und das Dunkel zurückdrängen, so wir uns offen darauf einlassen. Nicht allein auf unser Wissen und Macht vertrauend, nicht nur Arbeitsgruppen bildend wie die Engel in der Weihnachtsbetrachtung, sondern mit Freude richtig sehend, werden wir feststellen, wie den Menschen geholfen wird, wie uns Menschen geholfen wird. Da bewegt der Glaube Berge und wirkt Wunder. Dann werden wir erleben können, daß auch für uns selbst das gilt, was Maria in ihrem Lobgesang, dem Magnifikat, voller Freude ruft:

„Denn er hat große Dinge an mir getan, der da mächtig ist und dessen Namen heilig ist“ (Lukas I, 49).

Ein erfülltes Christfest und einer guter Wechsel in das Neue Jahr mit der ganz neuen Zahl „2000“ wünsche ich Ihnen, Ihren Familien und Lebenspartnern, allen Ihren Freunden, ja uns allen

Stephen Gerhard Stehli

EAK-Landestagung am 23. Oktober 1999

Der Evangelische Arbeitskreis in Sachsen-Anhalt veranstaltete am Sonnabend, den 23. Oktober 1999, im Landeskirchenamt der Evangelischen Landeskirche Anhalts in Dessau eine Tagung zum Thema „10 Jahre nach dem Fall der Mauer - Was haben die Kirchen dazu beigetragen, was bringen sie heute in die Gesellschaft ein“.

Hauptreferent der Tagung war der Kirchenpräsident der Evangelischen Landeskirche Anhalts, Herr Helge Klassohn. Herr Klassohn erinnerte eindrücklich an die Geschichte der Christen und Kirchen in der DDR. Fühlten sich Anfang der 50er Jahre noch ca. 80 Prozent der Bevölkerung den großen Kirchen zugehörig, so waren Ende der 80er Jahre ca. zwei Drittel der Bevölkerung den Kirchen entfremdet. Trotz dieser ausgesprochenen Minderheiten-situation führten die Kirchen die geistige und intellektuelle Auseinandersetzung als qualifizierte Minderheit. Äußerungen der Kirche fanden Beachtung. Als Volkskirche im Übergang suchte sie ihren Platz in der Gesellschaft, in der aus Sicht der Herrschenden für sie kein Platz auf Dauer war. Es wurde versucht, diesen Weg zwischen „Anpassung und Verweigerung“ mit verschiedenen Formeln zu umschreiben, so z. B. der „Kirche im Sozialismus“ oder der „Kritischen Solidarität“. Insbesondere die nachfolgende Diskussion zeigte, daß es durchaus unterschiedliche Auffassungen gibt, ob diese Formeln geholfen haben im sozialistischen Alltag Freiräume zu eröffnen oder ob sie die Kirche dazu verleitet haben, immer wieder unpolitisch zu schweigen. Die Mehrheit der Anwesenden vertrat die Auffassung, daß die Evangelischen Landeskirchen als Ganzes durchaus einen verantwortbaren Weg unter den Bedingungen einer Diktatur gesucht haben, den auch die Gemeinden in der Lage waren mitzugehen. Die Ereignisse des Jahres 1989, die Herr Klassohn besser als gewaltlose bürgerliche Befreiungsaktion denn als Revolution beschrieben haben wollte, waren davon geprägt, daß die Evangelischen Kirchen oft mehr geschoben und gedrängt wurden, als daß sie selber die Ereignisse bestimmten. Die Kirchen boten ein Dach für Opposition, waren aber seitens der Kirchenleitungen in der Regel von der Sorge bestimmt, daß der Widerstand gegen den Staat gewaltsam niedergeschlagen werden

könnte. Im nachhinein muß der friedliche Sturz des Regimes als eine große urdemokratische Erfahrung unserer Zivilgesellschaft gewertet werden. Die Menschen im Osten haben daher keinerlei Nachhilfeunterricht in Demokratie nötig. Das Handeln der Kirchen hat sich im Großen und Ganzen bewährt.

Nun gilt es, die neu gewonnenen Freiheiten auch tatkräftig wahrzunehmen. Die Kirchen sollen ohne Furcht vor kleinen Zahlen ihren Missionsauftrag, denn „Kirche ist Mission“, fröhlich und mutig wahrnehmen. Die Kirchen haben keinen politischen Auftrag, aber sie haben im Rahmen ihrer Weltverantwortung die Pflicht zur Einmischung. Daher melden sie sich in der gegenwärtigen Diskussion auch mit Macht zu Wort, um mit einer Unterschriftenaktion den Sonntagsschutz zu erhalten.

Der Evangelische Arbeitskreis in Sachsen-Anhalt unterstützt die EKD-Kampagne „Laßt den Sonntag in Ruhe!“

Die Evangelische Landeskirche Anhalts sucht das Gespräch mit der CDU. Der Evangelische Arbeitskreis steht hierfür weiterhin gern zur Verfügung.

Auf der anschließenden Vollversammlung des EAK wurde ein neuer Vorstand gewählt. Vorsitzender ist weiterhin *Herr Jürgen Scharf* MdL, Magdeburg.

Stellvertreter sind *Herr Michael Schekatz*, Haldensleben, sowie *Herr Prof. Dr. Wolfgang Mehrbach*, Merseburg.

Als Schriftführer wurde *Herr Pfarrer Georg Nuglisch*, Magdeburg, gewählt.

Neue Beauftragte des Evangelischen Arbeitskreises für die Region Anhalt ist die Dessauer Landtagsabgeordnete *Frau Gudrun Schnirch*.

Jürgen Scharf, MdL
Landesvorsitzender

Aus unserer Arbeit in Sachsen-Anhalt

Gründung eines Evangelischen Arbeitskreises im Mansfelder Land

Ein weiterer Evangelischer Arbeitskreis konnte seine Arbeit aufnehmen. Am 24.11.1999 wurde in Eisleben der Evangelische Arbeitskreis des Mansfelder Landes gegründet. Auf dieser Veranstaltung hielt der EAK-Landesvorsitzende, Herr Scharf, einen Vortrag zum Thema

„Was haben christlicher Glaube und Politik einander zu sagen?“

Hauptthemen der sich anschließenden Diskussion waren die Fragen des Verhältnisses von Jugendweihe/Jugendfeier zur Konfirmation sowie die schleppende Einführung des Religionsunterrichtes in den Schulen in Sachsen-Anhalt.

Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises im Mansfelder Land ist Herr *Gerhard Kögel*. Herr Kögel ist Theologe und derzeit tätig als stellvertretender Referatsleiter im Kultusministerium, Referat Kirchenangelegenheiten.

Jürgen Scharf

Wochenendfahrt des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Bezirk Niederrhein nach Sangerhausen und in die Lutherstadt Eisleben.

Ein Wochenende der Begegnung zwischen dem Evangelischen Arbeitskreis - Bezirk Niederrhein -, dem Evangelischen Arbeitskreis des Landkreises Sangerhausen, CDU-Mitgliedern und Persönlichkeiten aus Kirche und Politik des Landkreises Mansfelder Land fand vom 29. Oktober bis zum 1. November 1999 in diesen Landkreisen im Süden Sachsen-Anhalts statt.

Dieses Treffen, 10 Jahre nach der Öffnung der Mauer, dem wohl glücklichsten Ereignis, welches die Deutschen und darüber hinaus viele Menschen in der Welt in diesem Jahrhundert erleben durften, sollte einen Beitrag zum besseren Verständnis zwischen den alten und den neuen Bundesländern leisten.

Viele Verbindungen zwischen Ost und West, die noch vor dem Fall der Mauer bestanden, sind zerbrochen weil vielleicht falsche Vorstellungen vom Leben und Wirken auf der jeweils anderen Seite bestanden oder weil die Erwartungen zu hoch waren.

Darum ist es jetzt an der Zeit, Verbindungen zu schaffen, um die entstandenen Mauern in den Köpfen abzubauen, um Gemeinsamkeiten zu finden, die Zukunft zu gestalten.

Das erste gemeinsame Ziel war das Schaubergwerk und Bergbaumuseum in Wettelrode im Landkreis Sangerhausen. Die reizvolle Landschaft des Südarztes,

eingehüllt in die goldenen Farben des Herbstes stellte eine gute Rahmenbedingung für die Begegnung dar. Für alle beeindruckend war die Einfahrt in das Schaubergwerk, in dem fast ein Jahrtausend Kupferbergbau hautnah nachempfunden werden konnte.

Am Reformationstag erlebten alle einen gemeinsamen Gottesdienst in der Andreaskirche der Lutherstadt Eisleben. Bei einem sich anschließenden herzlichen Empfang durch Gemeindemitglieder und Parteifreunde aus der Lutherstadt Eisleben im Gemeindehaus und dem gemeinsamen Mittagessen kam es bereits zu regen Diskussionen über Familienpolitik, die Orientierung nach Werten, Religionsunterricht, dem Sonntagsschutz und vielem mehr. Dabei stellten alle fest, daß die Probleme in Ost und West gar nicht so unterschiedlich sind.

Beeindruckend war am Nachmittag der Besuch des Klosters in Helfta. Der Abend in der historischen Gaststätte „Zum Reformator“ war der besondere Höhepunkt des gesamten Treffens.

Als prominenten Gast konnten wir den Fraktionsvorsitzenden des sachsen-anhaltinischen Landtages, Herrn Dr. Christoph Bergner, herzlich begrüßen.

Seine Ausführungen über die Politik in Sachsen-Anhalt machten die gegenwärtigen Probleme deutlich. Schon mit wenigen statistischen Zahlen konnte Dr. Bergner darlegen, wie schwer es ist, nach 40 Jahren DDR und einer dadurch ausgeprägten atheistischen Erziehung christliche Grundwerte zu vermitteln. Auch 10 Jahre nach der Wende gibt es nur in wenigen Schulen Religionsunterricht. Dazu wäre es jetzt an der Zeit, die Kräfte zu bündeln, um das Schulgesetz konkret zu formulieren, damit nicht mehr „nach Maßgabe der gegebenen Möglichkeiten“ in den Schulen Religionsunterricht durchgeführt werden kann. Von 380.000 Schülern haben nur 1.100 evangelische und katholische Schüler Religionsunterricht. In der gemeinsamen Diskussion kam aber zum Ausdruck, daß auch in den alten Bundesländern die Wertegemeinschaft größtenteils einer Individualisierung gewichen ist. Dr. Bergner betonte, wie wichtig es ist, daß der Evangelische Arbeitskreis es innerhalb der CDU übernimmt, sich für diese Themen zu

engagieren.

Am Ende des Treffens waren sich alle darüber einig, daß solche persönlichen Begegnungen dem gegenseitigen Verständnis dienen und deshalb auch weitere stattfinden sollen.

Christina Schneppe

Vors. des EAK des Kreises Sangerhausen

Gedicht

Ich bin vergnügt, erlöst, befreit.
Gott nahm in seine Hände meine Zeit,
mein Fühlen, Denken, Hören, Sagen,
Mein Triumphieren und Verzagen,
das Elend und die Zärtlichkeit.

Was macht, daß ich so fröhlich bin
in meinem kleinen Reich?
Ich sing und tanze her und hin
vom Kindbett bis zur Leich.

Was macht, daß ich so furchtlos bin
an vielen dunklen Tagen?
Es kommt ein Geist in meinen Sinn,
Will mich durchs Leben tragen.

Was macht, daß ich so unbeschwert
und mich kein Trübsinn hält?
Weil mich mein Gott das Lachen lehrt
wohl über alle Welt.

Hans Dieter Hüsich

Vielfalt statt Einfalt

Schulen ohne staatliche Bevormundung
eine Forderung des Herbst 89

Wer sich nicht mehr an die Forderungen des Herbstes 1989 erinnern konnte, bekam es in den letzten Wochen nochmals zu hören: Nicht an zehnter oder -zigster Stelle, nein, unter den ersten Drei war sie zu finden, die Forderung: Schafft freie Schulen! Auch Reinhard Höppner konnte sich in den letzten Wochen daran erinnern. Anders als OB Willi Polte, dem z.B. das Domgymnasium bekanntermaßen lieb und teuer ist, ist es dem MP nur teuer und als Sparmöglichkeit gerade gut genug, wenn er den PDS-Genossen diese Karte opfern kann; denn wer hat sonst Interesse das zarte Pflänzchen der Schulen in freier Trägerschaft auszumerzen als jene, den (ehem.)Genossen Lehrern Nahestehenden (bedeutendes Wähler-potential der PDS), die in ihren staatlichen Schulen die unliebsame Konkurrenz weg haben wollen. Sieht man den

ungebrochenen Zustrom zu Schulen wie dem Domgymnasium, dann kann man den SPD-Landtagsabgeordneten Ernst schon verstehen: Wer seinen Kindern etwas Besonderes bieten will, soll auch dafür bezahlen.

Diese offenherzige Erklärung hätte er lieber unterlassen sollen, denn sie offenbart Rechtsunkenntnis. Diese Schulen sind kein Delikat-Programm wie einst in der DDR, sind nicht als Elite-Schulen gedacht. Ein Blick in die Verfassung unseres Landes sagt:

Artikel 28

Schulen in freier Trägerschaft

(1) Das Recht zur Errichtung von Schulen in freier Trägerschaft wird gewährleistet. Schulen in freier Trägerschaft als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Landes und unterstehen den Gesetzen. **Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn** die Schulen in freier Trägerschaft in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und **eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.** Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist. (Text entspr. Grundgesetz Artikel 7 Abs. 4)

(2) Soweit diese Schulen Ersatz für öffentliche Schulen sind, haben sie Anspruch auf die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen öffentlichen Zuschüsse. Das Nähere regelt ein Gesetz.

Da ich den Abgeordneten Ernst kenne, will ich ihm den Trick nicht unterstellen, daß mit Sparmaßnahmen und nachfolgender Schulgeldsteigerung, die „**Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern**“ ein Grund zum Genehmigungsentzug (=Schließung) dieser Schulen sein wird. Nein, es ist wohl einfacher: So wie es manchmal bei Schülern vorkommt, haben einige - wie Herr Ernst - einfach ihre Hausaufgaben nicht gemacht; diese sind im obigen Absatz (2) mit den Worten „erforderliche öffentliche Zuschüsse“ genügend klar ausgedrückt.

Um im Schülerjargon zu bleiben, könnte man aber vermuten, daß „abgekuckt“ wird. In mehreren alten Bundesländern (wie z. B. Schleswig-Holstein, zumindest bis Februar 2000 auch SPD-regiert), wird bei den freien

Schulen ordentlich gespart - ich zitiere aus einer dortigen Initiative:

So verhindert der Staat den fairen Wettbewerb zwischen den Schulen!

Beispiele zur finanziellen Benachteiligung freier Schulen in Schleswig-Holstein

Im Haushaltsbegleitgesetz 1998 wurden die Zuschüsse für freie Schulen auf den Stand von 1989 zurückgefahren, während die Ausgaben für die vergleichbaren staatlichen Schulen in dem selben Zeitraum um 15-20% gestiegen sind.

Das Dumme beim Abkucken ist ja oft, daß die konkreten Umstände nicht berücksichtigt werden, denn z.B. in Niedersachsen fand ich im dortigen Schulgesetz keine so deutliche staatliche Zusage auf Finanzmittel wie in Sachsen-Anhalts Landesverfassung.

Lassen wir Rechtsfragen hinter uns. Wie sieht die Praxis an freien Schulen aus. Das, was ich in einer nordrhein-westfälischen Lehrerzeitung fand, gilt auch hierzulande (als Vater eines Schulkinds darf ich das behaupten). Lassen Sie mich wiederum zitieren (schon den ersten Satz würde ich rot unterstreichen!):

Was treibt immer mehr Eltern dazu, Kinder nicht den öffentlichen Schulen anzuvertrauen, sondern ihre Kinder in die Ersatzschulen zu geben?

In den Medien wird öffentlich konstatiert: Die staatlichen Schulen sind zu bürokratisch, schlecht ausgestattet, personell unterbesetzt¹; die privaten Schulen zeichnen sich aus durch eine profilierte Werteerziehung, persönliche Betreuung der Schüler/innen, reizvollere Inhalte, gezieltere Förderung besonderer Begabungen.

Zudem steht fest: Eltern an Privatschulen beteiligen sich in einem weit das durchschnittliche Maß übersteigenden Engagement² an Veranstaltungen des Schulalltags. Eltern an Privatschulen sind

¹ Der Ausstattungsgrad an Sachsen-Anhalts Schulen dürfte eher zulasten der „Freien“ gehen, die auch personell nicht besser gestellt sind als die staatlichen Schulen. Wohl aber fällt mir auf, daß es am Domgymnasium kaum „Ausfallstunden“ gibt, weil die gegenseitige Vertretung der Lehrer vorzüglich funktioniert.

² Der volle Magdeburger Dom und mehr als 4000 Demonstranten gegen die rot-roten Schulsparrpläne bewiesen am ersten Novemberwochenende, daß dies auch hierzulande gilt.

bereit, Freizeit und Geld in die Schulgestaltung einzubringen, Eltern an Pflichtschulen sind aus sozialen und finanziellen Gegebenheiten hierzu oft nicht in der Lage.

Es reicht eben nicht, eine Bildungs-offensive anzukündigen und gleichzeitig das öffentliche Bildungswesen sich selbst zu überlassen. Da ist auch das Sponsoring keine Lösung, es sei denn, man will englische Verhältnisse à la Tony Blair. Das würde heißen, Schulaufsicht wird außer Kraft gesetzt, und man hofft, daß Gemeinden, Verbände und Privatunternehmen die Schule gemeinsam aus der Krise führen. Die bestimmenden Firmen erhalten freie Hand. Absolut nichts ist mehr sakrosankt, den Unternehmen ist es freigestellt, nach eigenem Gutdünken "schlechte Lehrer" zu entlassen, "gute Lehrer" mit hohen Gehältern zu locken und Stundenpläne und Ferienpläne der Schulen und Schüler frei zu bestimmen.

(Aus: Schule von heute Ausgabe 3 /98
<http://www.vbe-nrw.de/schuleheute/schuleheute10.htm>
Verband Bildung und Erziehung (VBE), Landesverband NRW)

Ich kann der SPD nur raten, dies zwar kleine, aber nicht unbedeutende Wählerpotential nicht ganz zu verschrecken. Immerhin zählt auch das, was jetzt mit den freien Schulen passiert, in die lange Liste „versprochen - gebrochen“. Hier allerdings sind es keine Wahlversprechen mehr, sondern es geht an die Verfassungszusage nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch ans Grundgesetz (S. Artikel 7 GG, Anhang 2).

Und noch einen Rat: nicht immer zieht das Plakative - freie Schulen - Privatschulen - Besserverdiener. In den Schulen Sachsen-Anhalts stimmt das jedenfalls nicht und woanders nicht mehr. Lassen wir eine Elternzeitung aus den alten Bundesländern zu Wort kommen:

Beim Stichwort Privatschule³ fallen immer die gleichen Begriffe: Elite, Internat, teuer, für Otto Normalverbraucher unerreichbar. Bilder von Schlössern und Burgen, von netten Schülern in Uniform werden mit der Privatschule verbunden. Ein klassisches Vorurteil, das mit der Wirklichkeit nur zum Teil etwas zu tun hat. Denn Privatschulen können durchaus auch für Eltern mit normalem

³ Der Begriff „Privatschulen“ ist in den alten Bundesländern noch üblich, Schulen in freier Trägerschaft ist der korrekte Ausdruck.

Geldbeutel eine Alternative zur staatlichen Schule sein.

Was sind eigentlich Privatschulen?

Es gibt in Deutschland etwa 2200 allgemeinbildende Schulen in freier Trägerschaft, auch Freie Schulen oder Privatschulen genannt. In den neuen Bundesländern sind in den letzten acht Jahren zahlreiche Schulen auf der Basis von Privatinitiativen entstanden. Der private Träger kann eine Kirche, ein Verein (Waldorf- und Montessorischulen), eine GmbH oder ein Sportbund sein. Von der Grundschule über Real-, Haupt- und Sonderschulen bis hin zu Gymnasien, berufsvorbereitenden Schulen sowie Ganztagschulen und Internaten bieten Schulen in freier Trägerschaft eine breite Palette an Formen. Privat sind sie nur insofern, als sie eben nicht vom Staat getragen werden. Aber sie sind genauso offen für jeden Schüler wie öffentliche Schulen. Im Prinzip.

Denn während staatliche Schulen jeden Schüler nehmen müssen, haben Privatschulen das Recht auszuwählen, wer bei ihnen lernen darf. So ist der Taufschein Voraussetzung für die Aufnahme an einer katholischen Schule, Moslems werden nicht unterrichtet. Ein miserabler Notenschnitt kann (muß aber nicht) an einer Waldorfschule zur Ablehnung führen. Schließlich kommen dort auf einen freien Platz fünf Bewerbungen. Bei einer Ablehnung erfahren Eltern nicht unbedingt den Grund, und ein Rechtsanspruch besteht bei Privatschulen nicht.

Welche Vorteile bieten Privatschulen?

Immerhin 10 Prozent der deutschen Schüler lernen bereits auf einer Freien Schule fürs Leben, im Jahr 2008 sollen es schon 17 Prozent sein. Was ist also dran am Drang zur privaten Alternative? Professor Dr. Peter Struck, Erziehungswissenschaftler und Schulperte von Familie&Co: **"Eltern, die sich gegen die staatliche Schule entscheiden, erhoffen sich für ihr Kind mehr Wertekonsens, eine bessere Lern-Atmosphäre, die Pflege von Stil, Ton, Takt sowie ästhetischen und musischen Dimensionen. Auch ein stärkeres Engagement der Lehrer, eine individuellere Förderung sowie menschlich-soziale Einbettung werden gewünscht."** Und in der Regel trifft genau dies zu. Das Gewalt- und

Drogenproblem ist weniger gravierend als an staatlichen Schulen, es fällt weniger Unterricht aus, und es herrscht allgemein ein anderer Geist. "Privatschüler benötigen im übrigen fast nie Nachhilfeunterricht", sagt Professor Struck, "da die Lehrer offensichtlich ihre pädagogischen Hausaufgaben bewältigen." Auch Disziplin und Leistung haben einen hohen Stellenwert. Also ideale Voraussetzungen für eine harmonische und erfolgreiche Schullaufbahn?

Tatsache ist, daß Schüler an Freien Schulen in der Regel motivierter sind, mehr Spaß am Unterricht haben und insgesamt lieber zur Schule gehen als ihre Kollegen an staatlichen Schulen.

Aus:

Welche Schule für mein Kind Serie, 5. Teil (Familie & Co, Juni-Ausgabe 1997)
<http://www.familie.de/aktuell/1997/06/schule/schule2/schule2.html>

In Sachsen-Anhalt gibt es für mich als Vater, der unter einer atheistischen Erziehung in der sozialistischen Einheitsschule gelitten hat, einen Grund mehr, mein Kind ins Ökumenische Domgymnasium zu geben. Doch das hat ja Kultusminister Harms auf der Synode der Landeskirche Anhalts gerade zugegeben, daß es z.B. mit dem Religionsunterricht nicht zum besten gestellt ist.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Grund für freie Schulen nennen, der bei einer Elterninitiative in Schleswig-Holstein ganz oben an steht:

Freiheit kann nur in Freiheit entstehen

Schulfreiheit gibt es in vielen Ländern. In kaum einem anderen europäischen Land hängt das Schulwesen so am staatlichen Gängelband wie in Deutschland. Zum Vergleich: In Dänemark haben staatliche Schulen so weit gehende Selbstverwaltungsrechte, wie sie in Deutschland nur die freien Schulen haben. In den **Niederlanden**, die schon seit 1917 keinen prinzipiellen Unterschied mehr zwischen staatlichen und freien Trägern machen, arbeiten **75%**, in Belgien 61%, in Dänemark mehr als 30% der Schulen in freier Trägerschaft.

Mehr Schulvielfalt: Unsere Kinder finden eher die Schule, die sie brauchen.

Mehr Selbstverwaltung: Die Schulen lernen selbst das Lernen.

Mehr Wettbewerb: Die Schulen müssen sich stärker um die Qualität der Bildung bemühen.
Mehr Innovation: Schulfreiheit ermöglicht pädagogische Neuerungen.
Mehr Gerechtigkeit: Eltern freier Schulen werden nicht mehr bestraft.
Mehr finanzielle Verantwortung: Selbstverwaltete Schulen arbeiten effektiver und kostenbewusster.

Jürgen Scharf
Vorsitzender

Michael Schekatz

Darum: Weg mit den Kürzungsvorschlägen der Landesregierung!

Wolfgang Löw,
Evangelischer Arbeitskreis der CDU Magdeburg
(e-Mail loew@ifn-magdeburg.de)

Wissenswertes

Die Synode der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen hat sich mit den Fragen der Konfirmation beschäftigt. Dabei steht ein 12 Thesenpapier der EKD im Mittelpunkt. Dieses Papier kann im Kirchenamt der EKD in Hannover (Telefax 0511 / 2796-277 bezogen werden.

Noch bis zum 13.02.2000 läuft in der ARD eine Sendereihe unter dem Titel: „2000 Jahre Christentum“. Diese Sendung wird jeweils Sonntags um 17.15 Uhr ausgestrahlt. In einigen Orten wird diese Sendung als örtliche Gemeinschaftsveranstaltung der Kirchgemeinden angeboten. Zum Beispiel in der Haldenslebener Kulturfabrik.

Gemeinsam mit unserem niedersächsischen Evangelischen Arbeitskreis freuen wir uns auf das Wochenendseminar in der Heimvolkshochschule Hermannsburg vom 14. bis 16. Januar 2000. Ein Programm mit Anmeldeformular liegt diesem Rundbrief bei.

Wir möchten nochmals auf die Delegiertenversammlung mit dem Bundesvorstand im Februar 2000 hinweisen. Als Tagungsort ist die Diakonische Akademie in Berlin-Pankow ausgewählt worden. Die Versammlung findet am Freitag und Sonnabend den 25. und 26. Februar 2000 statt. Anmeldungen sind über die Bundesgeschäftsstelle und auch über unseren Landesvorstand möglich.

Wir grüßen Sie und Ihre Familien ganz herzlich und wünschen Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und auch Gottes Segen sowie alles Gute für das neue Jahr 2000.